

Bei der Veranschaulichung der...
Anmelden...
Anmelden...

Saale-Zeitung

Siebenundvierzigster Jahrgang.

Erhebt täglich einmal.
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Schreibst.
Post-Adress: Gr. Brauhausstr. 17.

Nr. 65.

Halle a. S., Sonnabend, den 8. Februar.

1913.

Mb. Deutscher Reichstag.

(108. Sitzung, Freitag, den 7. Februar.)
Im Rufe des Bundesrats: Dr. Debus, Vize.

Der Etat des Reichsamts des Inneren.

(15. Tag.)

Die Besprechung der Wohnungfrage wird fortgesetzt.
Mit zur Beratung liegen die beiden Resolutionen des
Budgetkommissionen, die erhöhte Summen zur Förderung des
Bauwesens...

Hr. Dr. Jaeger (Zentr.):

Das Reich darf die Wohnungfrage nicht außer Acht lassen.
auch wenn Preußen jetzt nach langer Drangung eine Vorlage
vorgelegt hat...

Hr. Dr. Goetting (Natl.):

Wir bedauern, daß ein vom Vorgehen des Reiches durch die
Beförderung eines preussischen Wohnungsgesetzes vorgegriffen
wurde. Wenn die Wohnung- und Wanderverhältnisse ein-
gerichtet...

Hr. Graf Westphal (Kons.):

Wir halten die Wohnungfrage für eine der wichtigsten Auf-
gaben der Gegenwart.
Dieser Ansicht ist ja auch der Staats-
sekretär, wie er in der Kommission erklärt hat. Er hat aber
hingegen behauptet, wenn Preußen ein solches Gesetz nicht
einbringe...

Mit dieser Begründung darf meines Erachtens die Zustän-
digkeit des Reiches niemals erweiter werden.
Daher bin ich auch mit Graf Westphal nicht einverstanden, daß wenn das preussische
Wohnungsgesetz nicht zustande kommt, das Reich eingreifen
müsse...

Der Reichstag macht wiederholt den Versuch,
in die Rechte Preußens einzugreifen, dahin rechnen
wir das Verbot des Reichs am Reichsamt des Inneren
einzuwirken...

Staatssekretär Dr. Debus:

Die Mitteilungen und Mitverständnisse
meiner Erklärungen in der Budgetkommission können mich aus-
schräglich auf die Vorrede einwirken. In der angenehmen Form,
in die Graf Westphal seine Auslassungen geformt hat...

gegen, von einer schweren, wie sie eigentlich
stellen.
Ich habe schon im Vorjahre meine Bedenken gegen eine
rechtsgleichliche Regelung des Wohnungswesens er-
hoben. Ich habe aber damals meinen Standpunkt, genau wie jetzt
in der Budgetkommission, dahin präzisiert, daß wenn die Bundes-
staaten sich nicht einverstanden erklären, auf diesem Gebiet etwas zu
tun...

Ich habe schon im Vorjahre meine Bedenken gegen eine
rechtsgleichliche Regelung des Wohnungswesens er-
hoben. Ich habe aber damals meinen Standpunkt, genau wie jetzt
in der Budgetkommission, dahin präzisiert, daß wenn die Bundes-
staaten sich nicht einverstanden erklären, auf diesem Gebiet etwas zu
tun...

Das Ergebnis der Arbeiten dieser Kommission, die in Gegen-
wart von Kommissaren, nicht nur der Reichsleitung, sondern auch
der Bundesstaaten tagenden haben, war die in dem im Laufe
dieser Verhandlungen...
Ich halte mich an Preußen gebunden. Der preussische
Landtag hat, während wir hier verhandeln, auch die Initiative
übertragen...

Die preussische Antwort sollte dem Landtag möglichst früh,
möglichst aber etwa zu Weihnachten vorgelegt werden.
Das Reich hat aber mit der preussischen Regierung nicht
erreichbar. Das preussische Ministerium beschloß daher, den Ent-
wurf nicht, wie früher einfach als Entwurf des Staatsmini-
steriums zu veröffentlichen, sondern man entschloß sich, ihn dem
König mit der Bitte um Ermächtigung vorzulegen...

Man hat mir nun vorgeworfen, ich hätte die Sache auf
Preußen abgeschlossen.
Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht...

Man hat mir nun vorgeworfen, ich hätte die Sache auf
Preußen abgeschlossen.
Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht...

rechtliche Seite der Frage erfüllt: Wenn ich meine Ver-
sicherungen nicht erfüllen kann, dann wird in
gegebenen Zeit ein anderer Staatssekretär
des Inneren an diese Stelle treten.
Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht...

Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht...

Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht...

Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht...

Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht...

Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht,
Ich halte die Sache nicht...

Überdies empfindendes Material können Sie hier auf dem Tisch des Saales sehen, wie bei uns politische Leute, wenn sie die Frage des Sozialismus nicht im Sinn haben, ein einziges Zimmer durch Anbau eines zweiten ergötzen wollen, von dem Beamten behandelt werden. Und der Minister billigt dieses Verhalten. Mit Polizeistrafen hindert man den Arbeiter, aus der Wohnungsmiete sich ein klein wenig zu verbessern. Wir werden jede Gelegenheit benutzen, um die Geldrenten der preussischen Bureaucratie bekannt zu machen.

Hg. Dr. Arendt (Rp.):

Zunächst zu den politischen Ausführungen des Staatssekretärs. In Bezug auf die allgemeine Stellung zur sozialen Frage haben meine politischen Freunde durchaus auf denselben Standpunkt wie der Staatssekretär. Die erste Anregung zur Sozialpolitik kam von uns. (Gelächter bei der Sozialdemokratie.) Sie laden über Ihre eigene Unwissenheit. Das sind feststehende Tatsachen, daß die ersten Anregungen zum Sozialismus und zum Freierrn v. Stumm kamen (Gelächter bei der Sozialdemokratie.) Am ersten Laden erzuht man den Namen (Zuruf: Westrich!) Gehört hat man über die Sozialdemokratie sozialpolitische Fortschritte machen aber die Verteilung der Sozialdemokratie ist mit den Ausführungen des Staatssekretärs nicht erträglich. Es muß hingegen werden, daß die Sozialdemokratie als preussische Minorität (Zuruf bei der Sozialdemokratie) in die Staatspolitik hineinkommen muß. (Gelächter bei der Sozialdemokratie.) Das habe ich beim Staatssekretär vernommen. Gehört hat die 110 Sozialdemokraten hier durch die Schuld der bürgerlichen Parteien da, aber die Geschichte wird auch die Regierung von der Schuld nicht freisprechen. (Sehr richtig rechts.)

Nun zu den Ausführungen des Staatssekretärs, in Bezug auf das, was innerhalb und außerhalb dieses Hauses zu einer erheblichen Erregung Anlaß gegeben hat. Der Staatssekretär hat uns heute eine ausführliche Erklärung seines Verhaltens gegeben, und ohne diese ausführliche Erklärung war eine andere Auslegung seines Verhaltens durchaus möglich und in der Angriffs auf den preussischen Landtag erklärt. Da sie zum Teil von mir in ein politisches Forum ausgesprochen sind, muß ich mich nicht zum Wort der Staatssekretär begeben, die in der Angriffs in Abwesenheit des Staatssekretärs erhoben haben. (Ja, dann hätte ich dort überhaupt nicht sprechen. Es war die gültige Rede, den preussischen Landtag im preussischen Landtag zu machen. Heute hat der Staatssekretär allerdings gesagt, daß er, als er die Erklärungen in der Budgetkommission gab, meinte, daß der preussische Landtag bereits unterrichtet war, aber der Budgetkommission hat er nicht mitgeteilt, aber die Angelegenheit ist allerbekanntesten Umständen mitgeteilt worden, die außerhalb fanden, konnten das nicht wissen, und die mußten in den Worten des Staatssekretärs eine Drohung gegen Preußen erblicken. (Umrufe links.)

Obgleich eine solche Drohung eigentlich etwas vollkommen Unmögliches ist. Es muß jedoch bestritten, daß er in der Budgetkommission erklärt, daß der Gegenstand in Preußen nicht von mir nicht zum Wort der Staatssekretär begeben, die in der Angriffs in Abwesenheit des Staatssekretärs erhoben haben. (Ja, dann hätte ich dort überhaupt nicht sprechen. Es war die gültige Rede, den preussischen Landtag im preussischen Landtag zu machen. Heute hat der Staatssekretär allerdings gesagt, daß er, als er die Erklärungen in der Budgetkommission gab, meinte, daß der preussische Landtag bereits unterrichtet war, aber der Budgetkommission hat er nicht mitgeteilt, aber die Angelegenheit ist allerbekanntesten Umständen mitgeteilt worden, die außerhalb fanden, konnten das nicht wissen, und die mußten in den Worten des Staatssekretärs eine Drohung gegen Preußen erblicken. (Umrufe links.)

Die Mehrheiten werden wechseln, aber der Widerstand ist das feste und bleibende Moment. Die Herren haben wieder einen Willkür über die Rechte der preussischen Fraktion. Wir gehen es vor, im letzten Wahlkampf ist es nicht möglich, daß der Sieger zu sein auf den Rücken der Sozialdemokratie. (Gelächter links.) Die kleine Reichspartei ist jederzeit in dem Maße hier stark oder schwach gewesen, wie die deutsche, die nationale Empfindung im Volk stark oder schwach war. Leider ist sie jetzt schwach. (Zuruf links.) Sie wird aber wieder stärker werden. Wir sind leider schwach, aber wir werden wieder stärker werden. (Zuruf links.) In Bezug auf die soziale Frage.

Der Redner wendet sich der Wohnungsfrage zu. Sie kann nicht losgelöst von der großen sozialen Frage werden. Sie ist nur ein Bestandteil davon, und die Frage ist deshalb so schwierig, weil ja die soziale Frage überhaupt aus zahlreichen Gesichtspunkten besteht. Nimmt der Arbeiterstand ab, ist die Arbeitslosigkeit so stark, daß die Arbeiter für Wohnungsarbeiten verlassen. Auf die allgemeine Lage der Arbeiterklassen kommt es an. Ich bezweifle, ob die Anlegung Wohnkolonien auch nur nach der Richtung des Erwerbszweiges eine große Wirkung haben kann. Die richtige Art paßt für uns nicht. Wohnungsbau für Reichs- und Staatsbeamte und Arbeiter, diese gesunde Sozialpolitik machen wir mit und erhöhen gerne dafür die Beiträge. Die ganze Wohnungsfrage ist ein Teil der Wohnungsfrage liegt auch in der Verantwortung der Arbeiterklassen. (Zuruf links.) Das geschieht nicht. Dem Wohnungselend wird nicht entgegengetreten, der zweite Teil des Schutzes besteht für Bauhandwerker hart immer noch der Einführung, und bei der Syntheselohn haben wir auch des Mittelstandes zu gedenken und diesen die Sache nicht allein vom großindustriellen und industriellen Standpunkt anzusehen.

Nichts ist unverständlicher als eine große Zahl unserer arbeitenden Klassen in die Lage zu bringen, Ausbeuter zu werden und auf ihrer eigenen Scholle zu sitzen. (Gelächter bei der Sozialdemokratie.) Das erträgt sich aber mehr oder weniger durchsicht nicht der Sympathie der Sozialdemokraten. Dann müssen wir aber vor allem dem Grundbesitzer befähigen, der erworben ist, und dazu gehört eine wirklich organisierte Organisation des Grundbesitzes, eine durchgeführte Entschärfung des Grundbesitzes, und amtierbare Hypotheken. Ein großes Uebel ist die Vergrößerung des Zinsfußes. So kann es nicht weitergehen. Hoffentlich kommt es zu einer gewissen Entwicklung ohne Konfiskation. Im Ziele sind wir ja alle einig. Es wird sich nur darum handeln, den richtigen Weg zu erreichen.

Hg. Mann (Wirtschaftl. Vgg.):

Eine ausgesprochene Querfront gegen die politische Sozialdemokratie ist wohl vereinbar mit einer guten Arbeiterpolitik. Eine Brücke zwischen den bürgerlichen Parteien und der politischen Sozialdemokratie besteht nicht, wird auch durch die Maßnahmen nicht geschaffen. (Zuruf bei der Sozialdemokratie.) Die Konfessionen wollen nicht den Reichtum, sondern den Staat konfiszieren (Zuruf bei der Sozialdemokratie) das ist nicht zu wundern, wenn wir auf der rechten Seite dafür sorgen, Preußen zu verlassen und Querschnitt ist bei einer solchen Art. Der Grund und Boden muß wieder zu einer Wohnstätte und dem Handwerker entgegen werden. Auf diesem Gebiete ist Arbeit für uns alle bis zur äußersten Rechten hin.

Hg. Werner-Gerstfeld (Mittl.):

Wenn die Wohnungsfrage auch nur ein Teil der sozialen Frage ist, so ist sie doch einer der wichtigsten. Gut wohnen ist das halbe Leben.

Hg. Graf Westarp (Kon.):

Gegenüber dem Staatssekretär stelle ich fest, daß die Zustimmung zu einer Resolution noch nicht eine Festlegung nach allen Richtungen bedeutet. Es handelt sich im vorigen Jahre um einen Antrag, daß die Reichsregierung zu prüfen habe, wie weit die Wohnungsfrage sozialpolitisch geregelt sei. Lieber den Wortlaut braucht man sich nicht zu streiten. Wir denken dabei, daß die Frage auf das Gebiet der einzelnen Städte und Städtegebiete geht, und gerade der Reichssekretär stand ja auf diesem Standpunkt. Er hat es selbst ausdrücklich erklärt, und der Redner, der ihn vorwerfen, wenn ich mich so ausdrücken darf, die Meinungsverschiedenheiten, bestehen darin, daß er, trotzdem er grundsätzlich das Recht der Einzelstaaten anerkennt, dennoch ein Eingreifen des Reiches in Aussicht stellte. Zurechnen müssen wir uns wenden.

Die Erklärungen in der Budgetkommission liefen das noch stärker hervor. Der Redner hat eine Vorlage bereits fertig gestellt. Gerade daraus haben wir scharfe Konsequenzen gezogen und wir müssen nochmals dem Reich betreiben, daß es eine Auffassungsfrage der Einzelstaaten ist. In der Sozialpolitik stehen wir nicht wie der Staatssekretär sagte, auf einem grundsätzlichen Standpunkt, als er. Auch wir sind interessiert haben Verständnis für die Bestimmungen, die die soziale Lage der Arbeiter bessern sollen. Das Gegenteil muß ich auf alle Fälle ablehnen. (Sehr richtig rechts.) Wir haben uns von Anfang an mit Ernst und Gewissenhaftigkeit auf den Boden der Sozialpolitik gestellt, auf dem Boden der tatsächlichen Bedürfnisse und Interessen der Arbeiter und der Arbeitervereine haben Verständnis für die Bestimmungen, die die soziale Lage der Arbeiter bessern sollen. Das Gegenteil muß ich auf alle Fälle ablehnen. (Sehr richtig rechts.) Wir haben uns von Anfang an mit Ernst und Gewissenhaftigkeit auf den Boden der Sozialpolitik gestellt, auf dem Boden der tatsächlichen Bedürfnisse und Interessen der Arbeiter und der Arbeitervereine haben Verständnis für die Bestimmungen, die die soziale Lage der Arbeiter bessern sollen. Das Gegenteil muß ich auf alle Fälle ablehnen. (Sehr richtig rechts.)

Hg. Lebebour (Soz.):

Der Hg. Arendt hat sich namens seiner Partei gegen uns gewendet. Seine Partei ist ja gar keine Partei, es sind nur Verlegenheitsmandate. (Geheiterkeit.) Die Firmen Westarp, Arendt, Mann und Co. haben den Kampf gegen die Sozialdemokratie gemacht, um ihren falschen Gewinn zu behalten und die Bürgerlichkeit, die sich nicht auf die Seite der Sozialdemokratie stellt, mit seiner Schamlosigkeit gegen das Streifenpolitiken vollkommen Pflanz gemacht. Der Staatssekretär Delbrück hat sich nicht um die schönen Augen der Sozialdemokratie willen gegen diesen Antrag ausgesprochen, sondern weil sie, wie die Geschichte lehrt, vollkommen unerschrocken und unangenehm sind. Die Herren Westarp und Arendt sind die Herren, die die Sozialdemokratie in Preußen, die wir haben, die besser als die harmlosen Aleralen, dem jene Herren immer die Zusammengehörigen mit den Sozialdemokraten bei einzelnen Wahlen vorwerfen. Das Deutsche Reich ist nur eine Fiktion, in Wirklichkeit regiert Preußen. Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß die Hg. Graf Karhoff und Freiher v. Redlich, die der gleichen Verlegenheitsgruppe angehören, wie Herr Arendt, verlangen, daß der Widerstand nicht den Wünschen des Reichstages regiert, daß er nach ihrer Pfeife tanzt.

Die Herren von der Verlegenheitsgruppe verlangen, daß Herr Delbrück der junge Mann des Ministers v. Dallwitz sein soll. (Zuruf: Inversität!) Die Regierung und die bürgerlichen Parteien, die zu der Erkenntnis gelangt sind, daß sich eine große Volkswirtschaft nicht durch Ausschweifungen unterstützen lassen, müßten ja mit Willkür gehen, wenn sie den Wünschen der Herren von der Verlegenheitsgruppe folgen würden.

Hg. Giesberts (Rechtl.):

Die Form, wie ich die Debatten hier geführt werden, ist sehr bedauerlich. Die Einmütigkeit des Reichstages leidet darunter erheblich. Eine Beschränkung der Konfliktfreiheit würde nicht nur der Sozialdemokratie, sondern namentlich auch der Examinatoren der öffentlichen Verwaltungen schaden. Wenn man damit die Sozialdemokratie zu schaden glaubt, ist man auf dem Holzwege. Der Standpunkt der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses ist noch nicht der Standpunkt Preußens.

Hg. Schulz (Rp.):

Die Verlegenheitsweise des Vordrängens der Reichspartei charakterisieren am besten die Bedeutungslosigkeit seiner Rede. Aber jedenfalls hätte Herr Lebebour besser gesagt, die Verhandlungen des Reichstages sind nicht zu führen, bevor er nicht härter sprach. Herr von Karhoff hat die Worte, daß Herr Delbrück der junge Mann des Ministers v. Dallwitz sei, nur als ein Gift aus dem Berliner Tegelort angeführt und hat dann hingefügt: Wenn es wahr wäre, würden wir uns freuen. (Lebhafter Zuruf links: Na also, das genügt doch. Wir tun keine hümmliche Heiterkeit.) Sie dürfen sich nicht an die Worte Karhoff und Schenke halten, wenn Sie aber, als Sie ihn hincindringen wollen. (Lebhafter Widerspruch links.) Wenn hier behauptet wird, daß die Herren von Karhoff und von Redlich im Abgeordnetenhause etwas anderes verlangt haben, als wir im Reichstage fordern, so ist das nicht richtig.

Herr v. Karhoff hat gesagt, es sei Pflicht der Regierung, unerbittliche Forderungen eines Parlamentes abzuwehren. Das ist hier der Fall, wo der Reichstag sich anmaßt, die hümmliche mitleidende Entschuldigungsrede der linken Abgeordneten Dr. v. Sacke: Ein solcher Ausdruck ist nicht zulässig. Sie haben nicht das Recht, von einer Anmaßung zu sprechen. (Lebhafter Zuruf links.) Der Reichstag hat durch einen Beschluß verboten, daß der Reichslandtag in der verfassungsgemäß aufzubehaltenden Annahme der Reichsregierung ein Einverständnis mit dem Reichstag erzwungen, der vollkommene Gehorsam zu leisten, bevor er sich auf den Standpunkt stellt, daß die Rechte der Reichsregierung legal aufzubehalten, wie Sie das bezeichnen, ist ganz gleichgültig. Und ich wiederhole, daß sich nach unserer Auffassung der Reichstag da nicht hineinsetzen kann. (Widerpruch links, Beifall rechts.)

Hg. Goffein (Rp.):

Eine ganze Reihe gesetzgeberischer Materien sind tatsächlich in Einzelstaaten überlassen, obgleich sie zweifellos des Reichstages unterliegen. Das ist aber v. B. beim bürgerlichen Beschuldigung. Der Beschluß, daß das Reich das Recht der Beschuldigung hat, ist nicht zulässig. (Zuruf bei der Sozialdemokratie.) Der Beschluß ist legal aufzubehalten, wie Sie das bezeichnen, ist ganz gleichgültig. Und ich wiederhole, daß sich nach unserer Auffassung der Reichstag da nicht hineinsetzen kann. (Widerpruch links, Beifall rechts.)

man doch auch nicht, was das heißt. Was Graf Westarp zur Erklärung der Schenkung seiner Partei gesagt hat, ist nur ein Verlegenheitsprodukt, womit er den Umfall seiner politischen Grundansichten will.

Diese Materie muß unbedingt von Reichs wegen geregelt werden, auch wenn Preußen ein Wohnungsrecht erläßt. Wir können einmal von der preussischen Gesetzgebung nicht erwarten, die durch die Wohnungsfrage die streitenden Minderheiten auf diesem Gebiete befähigen wird. (Zuruf bei der Sozialdemokratie.) Wenn Preußen ein Wohnungsrecht erläßt, so ist es nicht für die Reichsfrage geregelt. Sie handelt es sich um Fragen, die das ganze deutsche Volk angehen. Die Deutschen dürfen nicht in Bezug auf die Wohnungsfrage in einem Staat Staatsbürger erster Klasse, in dem anderen Staatsbürger zweiter Klasse sein. Eine rechtliche Regelung muß auch erfolgen. Man hat denn auf der rechten Seite, wenn die bürgerlichen Parteien ihre Rechte geltend machen, nicht 110 Sozialdemokraten in Reichsfrage. Herr Dr. Arendt oder Graf Westarp hat den Vorschlag gemacht, daß wir das bekannte Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten abschließen hätten. Wenn die bürgerlichen Parteien bei der Erbschaftsteuer ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hätten, dann würden wir auch das Wahlbündnis nicht abgeschlossen haben. Wir müßten aber nun, eine Zusammenfassung des Reichstages herbeizuführen, die eine vollständige Gesetzgebung und nicht eine halbseitige gewöhnliche. (Lebhafter Beifall links.)

Die Ansprache schließt. Es folgen persönliche Bemerkungen. Hg. Dertel (Kon.): Der Staatssekretär hat mir unmittelbar vorgehalten, daß ich ihm Mangel an Mut und Entschlossenheit vorgebracht hätte. Das ist nicht richtig. In meiner Rede am 18. Januar habe ich ausdrücklich gesagt, daß wir leider die Regierung nicht haben, die wir brauchen, und daß die Sozialdemokratie nicht das Wort, den Mut und die Entschlossenheit gegen die Regierung; zu diesem Kampf gehen allerdings Mut und Entschlossenheit, die wir der Regierung lebhaft und herzlich wünschen. Ich habe also diese Befähigung und diesen Wunsch nicht für die Vergangenheit, nicht für die Gegenwart, sondern nur für die Zukunft ausgesprochen. (Geheiterkeit.)

Hg. Lebebour (Soz.) verteilt einige Stellen aus der Rede des Reichstagsabgeordneten von Karhoff, um zu beweisen, daß er verlangt habe, daß zwar im preussischen Landtag die Minister sich nach den Wünschen des Reichstages zu richten haben, dagegen für die Regierung an eine Mehrheit des Reichstages keine Konzeption machen. Die Behauptung, daß der Hg. v. Karhoff den Wunsch ausgesprochen hätte, daß Herr Delbrück sich als junger Mann des Herrn von Dallwitz bezeichnen möge, hat der Abgeordnete Herr Schulz-Brumberg nur vollumfänglich bestritten. Hg. Graf Westarp (Soz.): Es ist ganz selbstverständlich, daß eine gesetzgebende Versammlung für sich den politischen Einfluß beanspruchen muß, daß sie innerhalb der bestehenden Grenzen alle parlamentarischen Mittel anwendet, um die Regierung zu befehlen, in ihrem Sinne zu handeln. Da ein preussisches Wohnungsrecht vorliegt, kann die Frage des Reichstages vorläufig auf sich beruhen bleiben.

Hg. Schulz (Rp.): Ich beziehe auf das Wort im Interesse des Hg. Lebebour. (Geheiterkeit!)

Die beiden Resolutionen der Budgetkommission werden unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Eine Petition des Deutschen Mittelstandsverbandes in Leipzig, um eine Bewilligung von jährlich 30 000 Mark zum Betriebe eines Reichs-Submissionsamtes zu gewähren, wird als Material überwiesen. Damit ist die zweite Sitzung des Staats des Reichstages des Innern nach fünfzehntägiger Dauer erledigt. Das Haus vertagt sich. Sonnabend 11 Uhr: Justizamt. Schluss 1/2 Uhr.

Mb. Preussischer Landtag. Abgeordnetenhause.

127. Sitzung, Freitag, den 7. Februar, im Ministerrath: v. Dallwitz. Präsident Graf v. Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten.

Der Etat des Ministeriums des Innern.

(Schloffer Tag) Die Beratung wird fortgesetzt beim Kapitel 'Strafanstalten'.

Hg. Schmitt-Düsselhoff (Zentr.): Wie müssen unseren Wunsch aus dem vorigen Jahre wiederholen, mit der Gegenfinanzration die Budget aufzumachen, aus der die Konfessionen die Rechte der Reichspartei in den einzelnen Gefängnissen ersichtlich ist. Die neuen Jugendgefängnisse haben sich bewährt. Nur wird dem religiösen Einfluß hier zu wenig Spielraum gelassen.

Hg. Dr. Himmann (Rechtl.): Den Rednern an der Strafanstalten sollte die Zeit, die sie im Volksklubabend zugebracht haben, auf das Persönlichste angerechnet werden.

Hg. Dr. Viehström (Soz.): Der Berliner Strafanstaltsdirektor Dr. Himmelman hat festgestellt, daß die größte Person bei uns in Deutschland bestraft ist. Das geht, daß wir eine Strafjustiz haben, die nicht geeignet ist, die Verbrecher einzudämmen. Dieser Himmelman weist auch auf alle häufigen Verbrechen hin, die beweisen, daß unter Strafbollzug verkehrt.

Hg. Mojenow (Rp.): Die meisten Verbrechen, die wir früher vorzubringen hatten, sind abgelehnt. Wenn Strafollzug darf nie der Gesichtspunkt außer acht gelassen werden, daß die Gefangenen der menschlichen Gesellschaft zurückgegeben werden sollen. Es ist von großer Bedeutung, den Strafbollzug nicht lediglich als Sühne und Vergeltung aufzufassen. Ich bin weit entfernt davon, zu verlangen, daß die Verbrecher hart angefaßt werden. Aber ich gehen Gesetz und Ordnung betragen hat, soll im Gefängnis lernen, sich immer das Gesetz zu beugen. Das muß aber nicht mit unnötiger Strenge geschehen, sondern die Verbrecher müssen erkennen, daß man sie auf den Weg des Rechtes zurückzuführen will, sonst würde der missliche Verbrecher immer wieder Verbrechen begehen und die Zahl der Verbrechen würde steigen. Auch die Nachfrage nach dem Verhalten einzelner Verbrechen sollte nicht durch die Polizei, sondern durch die betreffenden Vereine ausgeübt werden. Die Forschungen der Böhm haben schon manchen Nutzen gebracht und seine Ausichten geteilt. Bei der Einrichtung des Strafbollzuges sollte man weniger streng vorgehen. Das Ansehn wäre auch gar nicht so groß, wenn der Staat darauf ganz verzichtete. Erreichlich ist, daß die Disziplinarstrafen immer mehr zurückgehen. (Beifall links.)

Hg. Liebfisch (Soz.): verlangt eine Unfall- und Invaliditätversicherung für die Gefangenen während der Strafbollzug.

Hg. Wisnann (Rechtl.): tritt für Bestimmung der Gefangenen auf.

Hg. Liebfisch (Zentr.) und Dr. Schep (Rp.) beantragen die zu lange Arbeitzeit und die vielen Nachschichten der Gefängnisbeamten in einer Weise von Anfechtung.

mehrere Monate verschafft, die sonst den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei zugefallen wären. Für den Gärtniker W. H. R. ist dieser Beweis für die Gültigkeit gegenüber einem Verleumdungsversuch des dortigen konservativen Blattes für sich geltend gemacht. Es wurde sogar die Aufnahme eines von einzelnen Konservativen ausgehenden Wahlauftrages für den freiwirtschaftlichen Kandidaten Dr. Wundt abgelehnt, dagegen überall Zustimmung gegen ein Eintreten für diesen gemacht. Da diese Dinge sich jetzt nicht mehr gut befreiten lassen, muß die „Kreuzzeitung“ sich damit abfinden. Sie schwingt sich sogar zu einer Rechtfertigung auf und schreibt:

Kann man es denn wirklich für eine Auslieferung an die Sozialdemokratie ausgeben, wenn die konservativen Wähler die beiden verbündeten Sozialisten in ihrem Kampfe um das Mandat sich selbst überlassen? Diese beiden Dampfschiffe sind einander wert. Von ihnen ist der Fortschrittler ein at wirkl. nicht das kleinere, sondern als Förderer der Sozialdemokratie im Bürgerium sogar das größere Uebel.

Das läuft also schon offen auf die Aufforderung zur Unterstützung der Sozialdemokratie gegen die Fortschrittliche Volkspartei hinaus. Tun so etwas die anderen gegen die Konservativen, dann ist es Vaterlandsverrat, und es wird peinliche Mißbilligung erhalten, ob nicht ein Beamter deshalb diszipliniert werden könnte. Es ist noch nicht lange her, da wurde erklärt, in der konservativen Partei werde niemand gebildet, der für Sozialdemokraten eintrete. Es ist aber tatsächlich niemandem etwas gelungen, dem ein solches Eintreten nachgewiesen worden ist. Das ganze Verhalten der Konservativen ist nichts als politische Heuchelei.

Einigang zwischen deutschen und englischen Schiffahrtslinien.

Aus Paris wird dem „Sirshureau“ gemeldet, daß die rivalität zwischen den deutschen und den englischen Schiffahrtsgesellschaften wegen des Dienstes nach Amerika, Afrika und Australien durch eine Entente cordiale, die zwischen den deutschen und den englischen Gesellschaften abgeschlossen worden sei, beendet wäre. Alle interessierten deutschen und englischen Gesellschaften seien beigezogen.

Parlamentarisches.

W. Berlin, 7. Febr. In der 13. Kommission des Reichstages (Verfahren gegen Jugendliche) erklärte aus Gründen des Vorstehens der Vertreter der Regierung, der Justizauschuß des Bundesrats — nicht das Plenum — habe sich mit der Sache beschäftigt. Das Ergebnis der unverbindlichen Besprechung sei: Was die Bedingte Verurteilung und die Rehabilitation sowie die besonderen Bestimmungen über den Strafzollnach bei Jugendlichen betreffe, so ständen die verbündeten Regierungen mit erdrückender Mehrheit auf dem Standpunkt, daß die Einarbeitung dieser Punkte in den Entwurf diesen absolut unannehmbar machen würde. Was die Heraushebung des Strafmündigkeitsalters bis zum 14. Lebensjahre betreffe, so beständen auch dagegen Bedenken. Immerhin ist dieser Punkt vielleicht annehmbar, wenn der Gegenentwurf im übrigen eine annehmbar erscheinende Form erhalte.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beriet Donnerstag über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Dr. Cohn-Nordhausen, der gegen Dr. Wiemer gestiftet hat. Man kam noch nicht zu einer Entscheidung.

In der Petitionskommission des Reichstages wurde im Anschluß an eine Eingabe von Schulärzten eine Resolution angenommen, dem Reichstanzler zu ersuchen, im Sinne der Schaffung einheitlicher Grundzüge für eine gleichmäßige Bewertung der Ergebnisse der schulpflichtigen Bestellungen geeignete Maßnahmen zu treffen.

Hof- und Personalmeldungen.

Der Kaiser besuchte am Freitag vormittag den Reichstanzler. Mittags speiste er bei dem General à la suite und Frau v. Gehlhus, die das Fest ihrer silbernen Hochzeit begingen.

Die Königlich Preussische Zeitung meldet aus Abdus Meba (Abessinien): Der deutsche Gesandte Dr. Zschin überreichte in feierlicher Audienz dem Thronfolger Sidik Jessu ein Gegenstück Kaiser Wilhelms. Der Thronfolger drückte seine lebhafteste Freude aus.

Ausland.

Reform der englischen Territorialarmee.

H. T. B. London, 6. Febr. Nach Ansicht militärischer Kreise ist die Lage der Territorialarmee in England unbeständig. In diesem Jahre scheiden nicht weniger als 63 678 Mann aus; infolgedessen bietet die Territorialarmee keinerlei Sicherheit mehr. Am Montag wird im Parlament ein Antrag eingebracht werden dahingehend, die Regierung zu ersuchen, daß England eine Expeditionarmee in Höhe von 160 000 Mann unterhalte und daß die Ständigkeitsdauer der Territorialarmee nicht unter 70 000 Mann herabsinken dürfe.

Das Sanitätswesen an den Jaren.

Wien, 7. Febr. Der frühere russische Botschafter in Konstantinopel Herr Tscharnow weist bei mehreren Gelegenheiten in Wien. Heute irrt er eine einseitigshändige Konferenz mit dem russischen Botschafter v. Giers. Morgen reist Herr Tscharnow nach Petersburg ab. In hiesigen russischen diplomatischen Kreisen wird behauptet, daß nach der Ankunft des Herrn Tscharnow in Petersburg große Veränderungen bevorstehen sollen. Ein hiesiges Wiener Blatt bringt heute eine Unterredung mit einem russischen Staatsmann, dessen Tätigkeit in Konstantinopel das Entstehen des Balkanbundes zuzuschreiben“ sei. Damit kann nur Herr Tscharnow gemeint sein. In dieser Unterredung wird offen heraus gesagt, daß der Empfang des Prinzen Hohenlohe am Jarenhofes ziemlich kühl war. Diese Behauptung wird mit dem Hinweis begründet, daß der Prinz von Hohenlohe weder als Gast des Jaren im Palaste absteigen konnte, noch bisher zu irgend einem offiziellen Diner zugezogen wurde.

Provinzial-Nachrichten.

Eisenberg, 7. Februar. (Sich selbst gekleidet.) Am 5. d. M. abends gegen 10 Uhr meldete sich der Maler Max B. aus Königshütte i. Schl. auf der hiesigen Polizeiwache ob-

dachlos und gab dabei an, daß er vor zwei Jahren, als er in Königshütte als Maler lerne, auf einem Neubau an einem Patenteisen die Sicherung zugegriffen habe. Am anderen Tage, als die Wohnung bezogen und der Ofen angeheizt worden sei, sei dieser infolge der Verdrängung explodiert, wobei 2 Kinder getötet worden wären. Jetzt könne er diese Tatsache nicht mehr für sich behalten und stelle sich dabei selbst. Er gab dabei noch an, daß er bereits am 3. d. M. diese Angaben bei der Polizei in Halle gemacht habe, dort auch verhaftet und dem Kgl. Amtsgericht zugeführt, von diesem aber wieder entlassen sei, weil keine bestimmten Unterlagen vorhanden waren. Da er auch keine Papiere auf einer Braunkohlengrube, auf der er arbeitete, im Stich gelassen habe und ohne diese keine Arbeit bekäme, melde er sich nochmals zur Verhaftung. Er wurde hier dem Königl. Amtsgericht zugeführt.

S. Eisenberg, 7. Febr. (Der Parjasaal über Eisenberg.) Heute vormittag 11 Uhr überfiel ein Parjasaal-Luftschiff unsere Stadt in der Richtung Südost-Nordwest. Bei Helbrahmenante der Luftkreuzer schied nach rechts und nahm die Richtung Gersfeld — Sandersleben ein, wo es bis gegen 1 Uhr nachmittags von hier aus beobachtet wurde. Die Fahrt ging verhältnismäßig langsam voran.

Sachsen, 7. Febr. (Bermächtnis.) Der im vorigen Jahre verstorbenen Geheimen Oekonomial-Rat Adolf von Hainpich und Guspahn hat seinem langjährigen Wäcker, dem Rittergutsbesitzer Schmäl in Hainpich 10 000 M. für treue Verwaltung hinterlassen. Der Dr. Hainpich und die Kirche in Hainpich sind ebenfalls mit Vermächtnissen bedacht worden.

Torgau, 6. Febr. (Selbstmord im Geschäft.) Heute vormittag fiel während des Schießens auf dem hiesigen Militär-Schießstand im Stand I hinter der schießenden Abteilung ein Schuß. Es wurden sofort Nachforschungen angestellt und man fand am Schießstande liegend einen Mäuscher der 1. Kompagnie 4. Thüring. Inf.-Regts. Nr. 72 mit einer schweren Wunde im Kopfe. Neben ihm lag seine Gewehr. Die Verletzungen sind derart schwer, daß der Soldat mit dem Leben kaum davon kommen dürfte. Ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, hat die Untersuchung noch nicht ergeben.

ml. Verlegerode a. S., 7. Febr. (Der neue Kreisarzt Dr. Gundlach) aus Verdenmünde hat als Nachfolger des verstorbenen Kreisarztes Dr. Friedel hier sein neues Amt in der Grafschaft mit dem Siege in Verlegerode vom 5. d. M. angetreten.

Wittenberg, a. S., 7. Febr. (Aus Verärgerung.) Hier fand eine eigenartige Stadterordnetenwahl statt. Von Sechsten und einem Teil der Geschäftsleute war Postsekretär Henschel, von den Handwerfern und den meisten Gewerbetreibenden Schlossermeister Kienäcker, von den Sozialdemokraten Gastwirt Oppermann aufgestellt. Die Handwerker und Gewerbetreibenden erklärten, daß durch die Aufstellung des Postsekretärs Henschel in der Stichwahl der Sozialdemokrat gewählt würde. Bei der Hauptwahl erhielten nun Henschel 188, Kienäcker 133 und Oppermann 160 Stimmen. Es kam also Henschel mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl. Eine große Anzahl Wähler Kienäcker ging nun aus Wähler und Verdruß mit ihren Stimmen zu Oppermann über, so daß der Sozialdemokrat gewählt wurde. Er erhielt 273, der bürgerliche Kandidat 216 Stimmen.

Erfurt, 7. Febr. (Der Provinzialverband der Haus- und Grundbesitzervereine) der Provinz Sachsen wird den diesjährigen Verbandstag am 24. und 25. Mai in Erfurt abhalten. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Gründung eines Pfandbriefamtes, Taxämter, das Wohnungs-gesetz usw.

Erfurt, 7. Febr. (Der Bienenwirtschaftliche Hauptverein) für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Thüringer Staaten hält die diesjährige Hauptversammlung am 25. März in Erfurt ab.

B. Jena, 7. Febr. (Neuer Oberrealsschuldirektor.) Der Gemeinderat wählte hier in seiner vertraulichen Sitzung den Oberlehrer Viktor Jena zum Leiter der hiesigen hiesigen Oberrealsschule. — Da die hier geltende Grundsteuer durch das Staatsministerium in Weimar keine Genehmigung findet, erhöht die hiesige Gemeinderat die Einkommensteuer von 110 auf 120 Prozent. Der Gemeinderat nahm diese Erhöhung einstimmig an.

Kranichfeld, 7. Febr. (Zum Bürgermeister) wurde unter 135 Bewerbern einstimmig Stadtbürgermeister Martin Stephan aus Meuselwitz gewählt.

Halberstadt, 7. Febr. (Stadttrat Hirsch.) In der vergangenen Nacht starb hier plötzlich an Herzschlag der Mitinhaber und hiesige Genossenschaft der weltbekannten Firma von Hirsch & Sohn, Stadtrat Gabriel Hirsch, im Alter von 52 Jahren.

Vermischtes.

Die Entführung aus Neapel.

Der Roman der vor einigen Tagen in Neapel auf so geheimnisvolle Weise entführten jungen Deutschen hat in Genua seinen Abschluß gefunden. Auf Betreiben des sächsischen Malers Hermann Hehl wurde die junge Dame mit ihren vier Entführern in Genua festgenommen. Sie heißt Helene Weiß, ist Berlinerin und war im übrigen die Geliebte, nicht die Gattin des Malers. Ihr Hauptentführer war ein kleiner Buhdiesiger, der reichliche Mittel besaß und seine lebendige Beute mit den drei deutschen Seelen teilte.

Die vier Entführer der jungen Berlinerin, die vor kurzem aus Neapel „geraubt“ und an Bord eines deutschen Dampfers gebracht wurde, sind mit der Entführerin am Donnerstag im Hafen von Genua verhaftet worden. Die Entführer sind die Matrosen Fritz Bahm, Wilhelm Laumann, Rene Rebus und Urban Wilhelm. Bei ihrer Festnahme an Bord des Dampfers verurteilten sie den Geliebten der Entführerin, den Maler Hehl, der nach Genua geeilt war, anzugreifen. Bei dem Verhör auf der Hafenspolizei wurde gab die Entführerin in Gegenwart des deutschen Konsuls an, daß sie sich freiwillig habe entführen lassen. Daraufhin wurde sie auf freien Fuß gesetzt und will mit Hilfe des deutschen Konsuls zu ihrer Familie nach Berlin zurückkehren. Sie erklärte übrigens, daß sie sich mit dem Matrosen Fritz Bahm verlobt habe.

Der Regierungs- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130208011/fragment/page=0004

wurde am 15. Dezember des Jahres 1885 zu Bedou in der Nähe von Ambony geboren. Dort, im Reich der Dahomeer, herrschte damals sein Vater. Aber dann kamen die Franzosen und machten seiner Herrlichkeit ein Ende, und der Sohn des Negerkönigs mußte sich, als er herangewachsen war, einen lohnenden Beruf suchen. Er ging nach Frankreich und studierte die Rechte. Dabei zeigte er soviel Talent, daß es ihm gelang, die Rechte zu erwerben. Er erhielt ein Anwaltamt in Paris. Vor einigen Tagen leitete er vor dem Präsidenten Emile Loubet den formellen vorgeschriebenen Eid. Prinz Behanzin ist übrigens schon der zweite Negerkönig, der in Paris als Rechtsanwalt fungiert.

Letzte Depeschen.

Zwei Flieger mit dem Flugzeug „Westpreußen“ abgestürzt.

W. Danzig, 7. Febr. Kapitänleutnant Jentsch und Oberleutnant Dietmann, die heute vorm. 10 Uhr in Püzig auf dem Flugzeug „Westpreußen“ zu einem Ueberlandflug nach Stolp aufgestiegen waren, mußten der widrigen Winde wegen bei Neustadt umkehren und in Danzig landen. Sie stiegen um 4 Uhr zur Rückfahrt wieder auf. Ueber dem Meere bei Zoppot brach plötzlich der eine Flügel des Flugzeuges, so daß es ins Meer stürzte. Beide Flieger ertranken. Ihre Leichen, ebenso das Flugzeug, sind noch nicht geborgen.

Der mit jenem Flieger abgestürzte Kapitänleutnant Jentsch gehörte dem Seefahrtsjahrgang 1900 an, er war seit dem 25. April 1912 Kapitänleutnant und zu der Marine. Flugstation Püzig kommandiert. Der Absturz erfolgte aus 150 Meter Höhe.

(Vor einigen Tagen erst brachte die Presse die Nachricht, von einem bemerkenswert gelungenen Flug des Marinedoppeldeckers „Westpreußen“ von Püzig nach Danzig.)

Eine Anfrage des Abg. Dr. Müller-Meinungen.

W. Berlin, 7. Febr. Im Reichstage haben die Abgeordneten Müller-Meinungen (Fortschrittliche Volkspartei) und Genossen eine Anfrage an den Reichstanzler gerichtet, ob er über die Forderung von Jentsch, anlässlich der Schmachttage in die Verteilung der Beratungsstellen und deren Folgen Auskunft zu geben bereit sei?

Kühner Flug eines griechischen Militärfliegers.

W. Paris, 7. Febr. Dem „Temps“ wird aus Mudros (Lemnos) gemeldet: Der griechische Militärflieger Leutnant Mutusis unternahm in Begleitung eines Matrosen mit einem Wasserflugzeug von Lemnos aus einen Flug über die Dardanellen und kreuzte trotz der gegen ihn abgefuehrten zahlreichen Schüsse wiederholt über dem türkischen Gewässer. Nachdem er 4 Bomben auf den türkischen Verkehr geschleudert, landete er glücklich bei Imbros.

Wahlergebnis.

Altenburg, 7. Febr. Das definitive Ergebnis der gestrigen Wahlen zum Altenburger Landtag liegt noch nicht vor, da noch einige Wahrfüllstände fehlen. Es steht aber jetzt schon fest, daß auch im neuen Landtag eine Mehrheit der Rechten vorhanden sein wird. Die Fortschrittler eroberten einen Sitz von den Nationalliberalen. Die Sozialdemokraten haben ihre bisherigen sieben Sitze behauptet. Die Wählerbeteiligung war zum Teil sehr stark.

Dauer- und Höhenfahrt des P. L. 8.

Wiesbaden, 7. Febr. Das Luftschiff P. L. 8 (Gras P. 2) führte heute eine 12stündige Dauer- und Höhenfahrt aus als Abnahmefahrt seitens der preussischen Militärbehörde. Die Abfahrt erfolgte morgens 5 Uhr 20 Min. von Bitterfeld, wo nachmittags 5 Uhr 20 Min. wieder gelandet wurde. Führer war Oberleutnant Stellung. In der Gondel befanden sich ferner Dr. Rogoll als Führerassistent, von der Militärkommission die Hauptleute von Wobeser und Schoof, ein Steuermann und zwei Maschinisten. Das Luftschiff erreichte in 16 Minuten eine Höhe von 1500 Meter, in der es sechs Stunden lang verblieb, zeitweilig befand es sich dann auch in 1700 Meter Höhe. Es fuhr zunächst in der Richtung nach dem Harz; in der dortigen Gegend hatte es mit einem Gegenwind von etwa 18 Sekundenmetern zu kämpfen. Das Schiff fuhr alsdann über Eisenberg-Salle nach Bitterfeld zurück und kreuzte bis zum Ablauf von zwölf Stunden in der dortigen Gegend. Es wurden alle seitens der Militärbehörde gestellten Forderungen erfüllt. Der Betriebsstoff hätte noch für zwei Stunden Fahrt ausgereicht. Das Luftschiff hat einen Inhalt von 8500 Kubikmeter. Es ist mit zwei Maschinisten von je 170 PS. ausgerüstet.

München, 7. Febr. Der Prinzregent von Bayern empfing heute den Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheimen Joseph Baum in Wiesbaden sowie den Vorsitzenden des Bayerischen Kuratoriums, den Handelsamtspräsidenten Konrad Jochims. Der Regent betonte, daß er auch weiterhin das lebhafteste Interesse an der Fortentwicklung der für die Volksgesundheit überaus wertvollen Bestrebungen der Gesellschaft nehme.

W. Nancy, 7. Febr. Heute nacht drangen in den auf der Hochebene von Billers gelegenen Militärflugplatz zwei Männer ein; sie wurden jedoch durch den Wachtposten überbracht und durch blinde Schüsse in die Flucht geschlagen, nachdem sie selbst durch Revolverkugeln einen Soldaten verletzt hatten.